

Abschlussbericht

MÄDCHEN VOR BESCHNEIDUNG SCHÜTZEN

Was wir erreicht haben

In weiten Teilen Malis wird die menschenrechtsverletzende Tradition der weiblichen Genitalverstümmelung praktiziert. Immer noch befürworten viele Gemeinden die Beschneidung von Mädchen, da sie nach ihrer Auffassung einen wichtigen Teil der Initiationsriten darstellt. Bereits von 2004 bis 2009 haben wir in Mali erfolgreich ein Projekt zum Schutz von Mädchen vor weiblicher Genitalverstümmelung umgesetzt. Auf den dabei gemachten Erfahrungen konnten wir in diesem Projekt aufbauen.

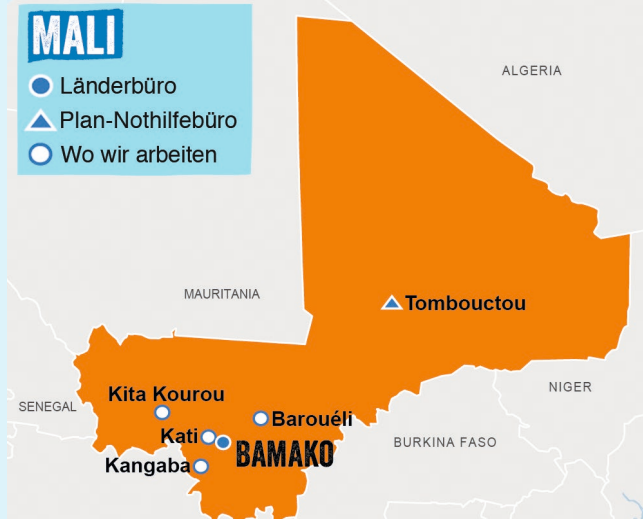
Durch Informationsveranstaltungen und bewusstseinsbildende Maßnahmen in 180 Gemeinden konnten wir die Bevölkerung für die schwerwiegenden Folgen der weiblichen Beschneidung sensibilisieren. Mehr als 40.000 Gemeindemitglieder besuchten Veranstaltungen und Video-vorführungen zu diesem Thema. 360 traditionelle Autoritäten unterstützten die Projektmaßnahmen, indem sie in ihren Gemeinden den Dialog über die Rechte von Frauen und Kindern förderten. An den verschiedenen Aktivitäten waren zudem Angestellte der Sozial- und Bildungsbehörden, Gemeinde- und Kinderorganisationen sowie lokale Nichtregierungsorganisationen beteiligt. Die Anzahl der Gemeinden, in denen die Genitalverstümmelung offiziell abgeschafft wurde, erhöhte sich durch diese Maßnahmen bis Projektende von 25 auf 62 Gemeinden.

ERFOLGE

- Mehr als 40.000 Menschen haben an Aufklärungsveranstaltungen über die Folgen der weiblichen Genitalverstümmelung teilgenommen.
- 62 Projektgemeinden haben Abkommen zur offiziellen Abschaffung der Praktik unterzeichnet.
- 360 traditionelle Autoritäten und einflussreiche Gemeindemitglieder arbeiten als Mediatorinnen und Mediatoren, um sich auch weiterhin für die Rechte von Kindern und Frauen und die Abschaffung der Genitalverstümmelung einzusetzen.

MALI

- Länderbüro
- ▲ Plan-Nothilfebüro
- Wo wir arbeiten



PROJEKTREGIONEN:

Kayes, Koulikoro, Sikasso, Ségou und Mopti in den Plan-Programmgebieten Kangaba, Kati, Kita Kourou und Barouéli

PROJEKTLAUFZEIT:

April 2010 – April 2017

BUDGET:

726.533 €

ZIELE:

- Verringerung der Zahl weiblicher Genitalverstümmelungen
- Offizielle Abschaffung der Praktik in möglichst vielen Gemeinden

MASSNAHMEN:

- bewusstseinsbildende und aufklärende Maßnahmen in 180 Gemeinden über die Rechte von Kindern und Frauen und die schwerwiegenden Folgen der Genitalverstümmelung

Was wir für den Projekterfolg getan haben

Sensibilisierung und Aufklärung in den Projektgemeinden

Da die weibliche Genitalverstümmelung in den Projektgemeinden traditionell tief verwurzelt ist, bedurfte es eines kontinuierlichen Dialogs in der Gesellschaft, um Einstellungen und Denkweisen nachhaltig zu verändern. Dazu gründeten wir in 180 Gemeinden entsprechende Komitees und schulten deren Mitglieder, damit sie sich in ihren Gemeinden für die Abschaffung der Praktik einsetzen. In Diskussionen und Seminaren und mit Hilfe von Filmvorführungen informierten wir über die möglichen physischen und psychischen Folgen der Beschneidung für die betroffenen Mädchen und Frauen. Insgesamt wurden 40.016 Gemeindemitglieder durch diese Veranstaltungen erreicht.

Auch an den Schulen fanden Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen statt. Schulmanagement-Komitees und Lehrkräfte vertieften in Schulungen ihr Wissen zu Kinderrechten und den Folgen der Genitalverstümmelung. Außerdem lernten sie, wie sie Mädchen, Jungen und ihre Eltern sensibel zu diesen Themen aufklären.

Des Weiteren schlossen wir Kooperationsvereinbarungen mit 16 Radiosendern und schulten deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Themen wie Kinderrechte und Kinderschutz, Frühverheiratung und schädliche traditionelle Praktiken. Regelmäßig wurden von den Sendern Diskussionen und Beiträge ausgestrahlt, in denen über die Gefahren der weiblichen Genitalverstümmelung informiert wurde.

Abschaffung der weiblichen Genitalverstümmelung

360 traditionelle Autoritäten und einflussreiche Gemeindemitglieder nahmen an vertiefenden Schulungen über die Zusammenhänge zwischen der Beschneidung und den Rechten von Kindern und Frauen teil. Jeweils eine Frau und ein Mann pro Projektdorf wurden so zu Mediatorinnen und Mediatoren ausgebildet, um in einen aufklärenden Dialog mit der Gemeinde zu treten. Auf Gemeindeveranstaltungen, Taufen und Hochzeiten setzen sie sich für die Rechte von Kindern und Frauen und die Abschaffung der weiblichen Genitalverstümmelung ein.

Zusammen mit unseren lokalen Partnern führten wir zudem Informations- und Diskussionsrunden mit 66 Beschneiderinnen durch, die bisher maßgeblich zur Aufrechterhaltung der Praktik beigetragen hatten. Viele von ihnen zeigten sich offen für Gespräche und auch für eine Zusammenarbeit, um sich für ein Ende der Genitalverstümmelung einzusetzen.

„Schon unsere Eltern praktizierten die weibliche Beschneidung in unserer Gemeinde“, berichtet der stellvertretende Bürgermeister der Projektgemeinde Ziekoundougou. „Sie taten dies aus guten Gründen und deshalb wollten wir diese Tradition bewahren. Aber durch das Projekt haben



Kinderparlamente setzten sich im Rahmen des Projektes aktiv für die Rechte von Kindern und die Abschaffung der Genitalverstümmelung ein.

wir erfahren, zu welchen Komplikationen die Beschneidung führen kann und das hat uns dazu bewegt, damit aufzuhören. Von nun an setzen wir uns dafür ein, dass die Ziele des Projekts erreicht werden. Seitdem wir der Abschaffung der weiblichen Beschneidung zugestimmt haben, wird sie in unserem Dorf nicht mehr praktiziert.“

Insgesamt unterzeichneten 62 Gemeinden ein Abkommen zur Abschaffung der weiblichen Genitalverstümmelung und begingen dieses Ereignis mit feierlichen Zeremonien. Für ein nationales Verbot setzten wir uns auch auf politischer Ebene ein. Die politischen Unruhen im Land trugen allerdings dazu bei, dass der Thematik von Seiten der Regierung nicht die notwendige Bedeutung beigemessen wurde. Zivilgesellschaftliche Organisationen, Kinderparlamente und Gemeinden werden sich jedoch auch weiterhin für ein nationales Verbot der Genitalverstümmelung einsetzen.

Prüfung und Bewertung der Projektaktivitäten

Die schweren politischen Unruhen in Mali beeinträchtigten bereits in den ersten beiden Projektjahren die Durchführung der Aktivitäten, sodass im Rahmen der ursprünglichen Laufzeit bis März 2015 keine erfolgreiche Umsetzung der Maßnahmen gewährleistet werden konnte. Dank einer Zuspense von Plan Schweiz um 150.000 US-Dollar konnten die Projektaktivitäten jedoch intensiviert und die Laufzeit um 14 Monate verlängert werden. Das Projekt wurde anschließend erneut verlängert, bis Dezember 2016. Zwischen Januar und April 2017 wurde das Projekt an Plan International Niederlande übertragen, die es in eine verlängerte Abschlussphase überführten. Dadurch konnten noch ausstehende Maßnahmen, die durch eine Endevaluierung identifiziert worden waren, umgesetzt werden.